

Wie kann zufriedenstellendes Handeln im multilateralen globalen Kontext gelingen?

Hilfsmittel sind Wissenschaftlichkeit, Bildung, Psychologie und die Organisationen der Vereinten Nationen

1. Die Truman-Doktrin prägt die Nachkriegsgeschichte weltweit bis in die Gegenwart.....	1
2. Multilaterale Zusammenarbeit in der UNO soll(te) globales Gegeneinander beenden.....	3
3. Wenn das Bildungswesen versagt, ist die ganze Gesellschaft in ihrem Bestand bedroht	4
4. Wissenschaftliche Erkenntnisse können zu konstruktiven Problemlösungen verhelfen.....	4
5. Die Natur und die Gesundheit sind unsere Lebensgrundlagen – nicht Geld.....	5
Fußnoten	6

Anmerkung: Bitte, beachten Sie die Fußnoten am Ende des Textes. Sie können dort besonders Wichtiges und Interessantes entdecken. Hier finden Sie Belege, Begründungen, Erklärendes und Hinweise auf weiterführende Literatur. Die Fußnoten wurden zusammenhängend hinter dem Text angeordnet, weil Ihnen das die Konzentration auf den Gedankengang und auf das Verständnis erleichtern kann. Sie können lesen, ohne sich ständig von Fußnoten ablenken zu lassen. Nachdem Sie den Text gelesen haben, können Sie sich den Fußnoten zuwenden und diese hintereinander lesen. Hier zeigt sich, wie es um unsere Gegenwart und Zukunft bestellt ist und wie es dazu kam. Angesichts einer überall aus dem Ruder laufenden Politik haben sich Überforderung, Nervosität und Ängstlichkeit verbreitet.¹ Präsident*innen und Parlamente scheinen dem hilflos gegenüber zu stehen. Notwendig ist ein umfassender Klärungs- und Ordnungsprozess, um das eingetretene Chaos konstruktiv bewältigen zu können. Bitte, konzentrieren Sie sich zunächst auf die Fußnotentexte, ohne zu erwarten, dass alle Links zum Download bereits reibungslos funktionieren. Es gibt hier Probleme, die sich noch nicht beheben ließen.

1. Die Truman-Doktrin prägt die Nachkriegsgeschichte weltweit bis in die Gegenwart

Seit der Truman-Doktrin (1947), mit der die Propaganda des „Kalten Krieges“ beziehungsweise des „Ost-West-Konfliktes“ in Gang kam,² wurden die Menschen *von den Regierungen* im Westen wie im Osten zum Besiegen des angeblichen ideologischen „Feindes“ angehalten. Tatsächlich ging es hier nie um einen „Wettbewerb der Systeme“ („freiheitlich-demokratischer kapitalistischer Westen“ – „östlicher diktatorisch-planwirtschaftlicher Kommunismus und Sozialismus“), sondern stets um Besitzstandswahrungs- und Machterweiterungsinteressen wirtschaftlicher und politischer Instanzen.

Wissenschaftliche Erkenntnisse, die den vorherrschenden politischen und wirtschaftlichen Interessen in allzu offensichtlicher Weise zuwiderliefen, wurden seit 1947 unterdrückt und in der praktischen Umsetzung behindert.³ Juristische, politische und ökonomische Einflüsse, die im Dritten Reich vorherrschend geworden waren, ließen sich zu wenig zugunsten von „mehr Demokratie“ überwinden – nicht nur in Deutschland. Sie wirkten im gesellschaftlichen Management, insbesondere im Justiz- und Gesundheitswesen sowie in öffentlich-rechtlichen Einrichtungen und in privatwirtschaftlichen Unternehmen weiter. Unvereinbar war damit die Förderung demokratiegemäßer politischer Mündigkeit,⁴ erst recht eine (natur)wissenschaftliche Forschung, mit der sich ideologische Täuschungsmanöver und Propagandalügen zuverlässig nachweisen und aufklären lassen. *Ideologie* definierte der Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker:

„In Gesellschaften, wie wir sie kennen, verhalten sich alle Gruppen und vielleicht alle Individuen mehr oder weniger ideologisch. – Unter ideologischem Verhalten sei hier verstanden, dass allgemeine Prinzipien zum Schutz partikulärer Interessen in Anspruch genommen werden, die sie in Wahrheit nicht decken. ...

Sie sagen Christus und meinen Kattun. Sie sagen Freiheit und meinen Erdöl. Sie sagen Sozialismus und meinen ihre Herrschaft. ...

Die raffiniertere und harmlosere Form ideologischen Verhaltens ist der bewusste Missbrauch der Prinzipien fürs eigene Interesse, die primitivere und gefährlichere der unbewusste Missbrauch, also die Selbstbelügung. Die Grenze zwischen beiden ist fließend. ...

Kritik der notwendigen Widersprüche des Kapitalismus ohne Kritik der notwendigen Widersprüche des Sozialismus ist ideologisch, vice versa natürlich ebenso. Mit diesen Kritiken ist das sachliche Problem der beiden Systeme ... noch gar nicht berührt. ...

In dieser Verblendung kann der heutige Kapitalismus auf längere Sicht, trotz seiner bisher ungebrochenen Überlegenheit über alternative Wirtschaftssysteme, fast nur seinen eigenen Untergang produzieren.“⁵

Helmut Schmidt verdeutlichte die Absurdität des international üblichen Umgangs im Hinblick auf die Menschenrechte:

„Denn zum einen wird das Stichwort „Human Rights“ von einigen westlichen Politikern, zumal in den USA, als Kampfbegriff und als aggressives Instrument der außenpolitischen Pressuren benutzt. Dies geschieht zumeist durchaus selektiv: zwar gegenüber China, Iran oder Libyen, nicht aber gegenüber Saudi-Arabien, Israel oder Nigeria. Die Gründe für solche Einseitigkeit liegen in ökonomischen und strategischen Interessen.

Zum anderen werden die Human Rights von manchen Muslimen, Hindus und Konfuzianern als ein typisch westliches Konzept aufgefasst und teilweise sogar als Instrument zur Verlängerung westlicher Vorherrschaft [...] Manche Asiaten meinen, einen prinzipiellen Gegensatz zu erkennen zwischen westlicher und asiatischer Auffassung von der Würde des Menschen.“⁶

Egon Bahr beschrieb das Vorgehen auf der internationalen Beziehungsebene:

„In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“⁷

Heinrich Böll charakterisierte das politische Vorgehen mit den folgenden Worten:

„Politik ist weder eine Wissenschaft noch eine Kunst, sie ist nicht einmal ein Handwerk, sie ist ein von Tag zu Tag sich neu orientierender Pragmatismus, der bemüht sein muss, die Macht und deren Möglichkeiten übereinanderzubringen.“⁸

Aus der Sicht des Politikwissenschaftlers Wilhelm Hennis⁹ entspricht der Umgang mit dem *Grundgesetz* dem, was bei katholischen Prozessionen zum Fronleichnamsfest Sitte ist:

„Verfassungsfragen sind hierzulande [...] – ganz im Gegensatz zu England, Frankreich und Italien – keine Themen, die die „öffentliche Meinung“ interessieren. Da herrscht dumpfe Verdrossenheit, und die Zahl der Journalisten, die mit Kompetenz Verfassungsfragen aufwerfen können, ist klein. *Die einschlägigen Wissenschaften tragen das Grundgesetz wie eine Monstranz vor sich her.* [...] Die parlamentarische Demokratie, mit ihrer Mitte in einem lebendigen Parlament, ist durch die Machterwerbs- und Machterhaltungsinstitutionen des Parteienstaates überwuchert und verschlissen worden.“¹⁰

Hennis machte hier nicht nur auf verbreitete Schwierigkeiten beim Verständnis des Grundgesetzes aufmerksam, sondern auch darauf, dass in Deutschland parteienstaatliche Machterwerbs- und -erhaltungstendenzen vorherrschen, die fundamentalen demokratischen Grundsätzen zuwiderlaufen: Üblicherweise verstehen sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in erster Linie als Vertreter*innen ihrer Parteiwählerschaft und ihres Parteiprogramms und nicht, so wie im Artikel 38 (1) GG ihre Pflicht formuliert wird, *als unparteiische Vertreter des ganzen Volkes, die zugunsten des Allgemeinwohles zu handeln haben.*¹¹

Gesellschaften, in denen das Rivalisieren, die Konkurrenz und der Wettbewerb *unter Menschen* zu Auslesezielen (→ Mobbing¹²) bewusst gepflegt werden, gerieten in *menschenunwürdige* Vorgehensweisen, die ihre Selbsterstörung zur Folge haben.¹³ Daraus ergibt sich heute die Notwendigkeit einer Totalreform des deutschen Gesundheitswesens¹⁴ und der gesamten politischen Organisation.¹⁵

2. Multilaterale Zusammenarbeit in der UNO soll(te) globales Gegeneinander beenden

Es ist unnötig und für alle Seiten (= multilateral) schädigend, sich in irgendwelche Formen kriegerischer Auseinandersetzungen zu begeben. Konflikte lassen sich wesentlich besser mithilfe *demokratischen* Vorgehens bewältigen – im Rahmen rationaler Argumentationen in (parlamentarischen) Ratsversammlungen. Die Vereinten Nationen waren nach Kriegsende 1945 gegründet worden, um diese demokratische Form der Konfliktbewältigung weltweit bekannt zu machen und um dafür einzutreten, dass sie überall zum Standardvorgehen gemacht wird. Die Aufgabe der Vereinten Nationen besteht darin, die verheerenden Wirkungen abzustellen, die von staatlichen Regierungsinstanzen ausgehen können – angesichts politischen, juristischen, vertraglichen und organisatorischen Unfugs, der hier erfahrungsgemäß immer wieder um sich greift.¹⁶ Auslöser für diese Aufgabenstellung war das Handeln der deutschen Regierungsinstanzen unter Adolf Hitlers Führung gewesen.¹⁷

Als Generalsekretär der Organisationen der Vereinten Nationen (UNO) hatte Ban Ki-Moon 2007 betont:

„Die Charta der Vereinten Nationen bringt solche Zuversicht und solche Hoffnung zum Ausdruck, dass man sie mit Fug und Recht als eine Magna Charta bezeichnen kann, die in einer von Krieg und unsäglichen Gräueltaten verheerten Welt ein neues Bündnis der Nationen herstellen sollte, das von den Grundsätzen der Gerechtigkeit, des Friedens, der Gleichheit und der Menschenrechte geleitet ist.“¹⁸

Dieser Charta zufolge besteht die Absicht der Vereinten Nationen darin, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in zunehmender Freiheit zu fördern, damit alle Menschen weltweit in friedlicher Zusammenarbeit existenzabgesichert ein menschenwürdiges Leben im Streben nach Glückseligkeit führen können: Indem sich alle Nationen bzw. Völker der Erde als untereinander *Gleichberechtigte* vertraglich verbünden, können sie in partnerschaftlicher gegenseitiger Unterstützung alle auftretenden Probleme und Herausforderungen in optimaler Weise im Sinne des Allgemeinwohles bewältigen.

Diese Zielausrichtung und diese Organisationsform konstruktiver Zusammenarbeit wurde in die Präambel des deutschen Grundgesetzes aufgenommen, um deutlich zu machen, wozu das Grundgesetz dient:

„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“

Anhand der Formulierung „*als gleichberechtigtes Glied*“ war festgelegt worden, dass „*ein vereintes Europa*“ nicht auf der Vorherrschaft oder Führungsposition eines „starken“ Volkes oder von zwei oder mehreren solchen Völkern (etwa der Briten, der Deutschen und der Franzosen etc.) gegenüber anderen, beruhen sollte. Gleichberechtigung erfordert *multilaterale Zusammenarbeit*. Diese Organisationsform verhilft dazu, den Missstand zu beheben, der darin besteht, dass bis heute noch zwischen Staaten, Nationen, Völkern, die untereinander *offiziell-vertraglich nicht verbündet* sind, allzu häufig feindselig-kriegerische Beziehungen herrschen. Denn Nicht-Eigenes, Nicht-Vertrautes, wird angesichts schwer einschätzbarer Andersartigkeiten oft ungeprüft-voreilig als nicht vertrauenswürdig und als nicht akzeptabel angesehen. Deshalb werden in der UN-Kinderrechtskonvention Bildungsmaßnahmen dargestellt und gefordert, die vertrauensfördernd wirken können.¹⁹

3. Wenn das Bildungswesen versagt, ist die ganze Gesellschaft in ihrem Bestand bedroht

Zur gründlichen Reform des deutschen Bildungswesens hatte 1964 der Pädagoge, Theologe und Philosoph Georg Picht in seinem Buch „Die deutsche Bildungskatastrophe“ aufgefordert. Damit gehörte er zu den einflussreichsten Initiatoren der „1968er“ Schüler- und Student*innenrevolten, die sich für die Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit einsetzten, um in Westdeutschland Demokratie zu ermöglichen. Dass dieses – quasi psychotherapeutische²⁰ – Engagement zu nachhaltigen Erfolgen führen konnte, verhinderten rechtsextrem-restaurative Kräfte²¹, die von der Nazi-Ideologievariante der *Ungleichwertigkeit der Menschen*²² geprägt oder überzeugt waren.²³

Wie sein Freund, der Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker (1912-2007), war Picht interdisziplinär-fachübergreifend ausgerichtet gewesen, also nicht in erster Linie auf die deutschen Gegebenheiten hin *national*, sondern in universalpragmatischer Weise *kosmopolitisch-global*:

„Die Erfahrungen der NS-Zeit und die Bedrohung durch einen atomaren Krieg, die er schon 1939 mit Weizsäcker diskutiert hatte, machten die Frage der Verantwortung zu seinem Kernthema, das in allen seinen Arbeiten präsent ist und in dem auf Adorno, zu dem er insbesondere in der Philosophie der Kunst ein positives Verhältnis hatte, anspielenden Buchtitel „Philosophieren nach Auschwitz und Hiroshima“ explizit zum Ausdruck kommt. So war Picht einer der ersten, der schon in den 1960er Jahren von der globalen Bedrohung sprach und eine globale Verantwortung einforderte.“²⁴

„Aufgabe der Wissenschaft ist die analytische Klärung der Sachverhalte, die Ausarbeitung der Methoden, die Aufdeckung der in jeder Entscheidung verborgenen Konsequenzen, von denen die Handelnden oft keine Ahnung haben, und – was man nur zu oft vergisst – die auf alle erreichbaren Daten gestützte Prognose. Sie ist deshalb als beratende Instanz unentbehrlich. Aber sie degeneriert, wenn man ihr die Entscheidungen der Exekutive zuschieben will. Entscheiden kann nur der Politiker. Er wird aber falsch entscheiden, wenn er dem typisch deutschen Irrglauben huldigt, Gott habe ihm mit seinem politischen Amt zugleich auch jenen geschulten wissenschaftlichen Verstand gegeben, den er im zwanzigsten Jahrhundert braucht. Ein Politiker, der Verstand hat, weiß, dass er ohne die Wissenschaft nicht mehr auskommen kann.“²⁵

„Wenn das Bildungswesen versagt, ist die ganze Gesellschaft in ihrem Bestand bedroht. Aber die politische Führung in Westdeutschland verschließt vor dieser Tatsache beharrlich die Augen und lässt es (...) geschehen, dass Deutschland hinter der internationalen Entwicklung der wissenschaftlichen Zivilisation immer weiter zurückbleibt.“²⁶

4. Wissenschaftliche Erkenntnisse können zu konstruktiven Problemlösungen verhelfen

Die Mächtigen nutzten die ihnen zugänglichen naturwissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden immer wieder höchst erfolgreich zur Manipulation und Unterdrückung der Bevölkerung, während sie daran interessiert waren, dass diese *nicht auch* von der Bevölkerung genutzt werden. Denn sie wollten nicht, dass ihre Formen der Macht- und Herrschaftsausübung von Angehörigen der Bevölkerung erkannt und durchschaut werden können.

Aus den gleichen Gründen sollten die Angehörigen der Bevölkerung nicht mit spirituellen Verfahren vertraut werden, die sich seit Jahrtausenden als Hilfsmittel zur Entscheidungsfindung der Mächtigen bewährt hatten: Die ägyptischen Pharaonen orientierten sich bei ihrer Entscheidungsfindung an den Hinweisen herausragender Astrologen. In China warf man erfolgreich Münzen, um schwierige Fragen mit Hilfe des *I Ging* zu klären. Im antiken Griechenland nutzte man die Informationen des Orakels in Delphi. Mit guten Gründen bediente sich auch Adolf Hitler derartiger spiritueller Methoden, um seine Sieg-Erfolgschancen zu optimieren.

Solche Verfahren wurden von Mächtigen, die in der Lage waren, damit sachgemäß umzugehen, stets gegenüber der Bevölkerung als *Irrlehren* dargestellt, um diese davon abzuhalten, sich damit vertraut zu machen und diese ebenfalls erfolgreich zu nutzen. Für herausragende

Naturwissenschaftler wie Galileo Galilei, die über die Kunst verfügten, mit der Astrologie sinnvoll umzugehen, war diese eine ebenso seriöse Wissenschaft wie die Astronomie. Mit seinen naturwissenschaftlichen Forschungsmethoden konnte Galileo Galilei beispielgebend genial beweisen, dass das dogmatisch vertretene Weltbild der damals herrschenden katholischen Kirchenfürsten allzu unzulänglich (= einseitig) war. Diese verurteilten seine Erkenntnisse und forderten ihn auf, diese zu widerrufen.²⁷ Heute wird die Erkenntnis, dass die Erde um die Sonne kreist, unbestritten als gültig angesehen.

Um üblichem staatlichem Machtmissbrauch die Grundlagen zu entziehen, initiierten die Vereinten Nationen eigenständig weltweit naturwissenschaftliche Forschungsprojekte, insbesondere über die UNESCO²⁸ und die WHO.²⁹ Denn sie wollten dafür sorgen, dass allen Menschen auf der Erde zuverlässige Erkenntnisse zur eigenen vernünftigen Entscheidungsfindung und zu konstruktivem eigenständigem Handeln, *auch ihren Regierungen gegenüber*, zur Verfügung stehen. Aus naheliegenden Gründen werden die Erkenntnisse, die im Rahmen dieser Initiativen gewonnen wurden, von den Regierungen der „mächtigsten“ Staaten beiseite geschoben, nicht verbreitet sowie hinsichtlich ihrer Bedeutsamkeit und Wissenschaftlichkeit abgewertet. Aktuell zeigt sich das beispielsweise beim Umgang mit der Klimaproblematik.³⁰

Anhand der naturwissenschaftlichen Methoden und Erkenntnisse der *Psychologie*³¹ lässt sich recht zuverlässig klarstellen, wie es um *Wahrheit und fake* bestellt ist. Dementsprechend sagte die Physikerin Angela Merkel in ihrer Harvard-Rede – in weitgehender Übereinstimmung mit den oben dargestellten Äußerungen des Physikers Carl Friedrich von Weizsäcker zum *ideologischen Verhalten*:

„Vor allem braucht es Wahrhaftigkeit gegenüber anderen und – vielleicht am wichtigsten – gegenüber uns selbst. Wo wäre es besser möglich, damit anzufangen, als genau hier an diesem Ort, an dem so viele junge Menschen aus der ganzen Welt unter dem Motto der Wahrheit gemeinsam lernen, forschen und die Fragen unserer Zeit diskutieren? Dazu gehört, dass wir Lügen nicht Wahrheiten nennen und Wahrheiten nicht Lügen. Es gehört dazu, dass wir Missstände nicht als unsere Normalität akzeptieren.“³²

Den zu wenig genutzten Lösungsansatz der Aufklärungszeit betonte Carl Friedrich von Weizsäcker am Ende seines Buches „Wohin gehen wir“ (1997) unter Bezugnahme auf seine Gespräche mit dem Theologen Karl Barth: „Lasst uns christliche Nächstenliebe lernen!“ Jedoch reagier(t)en die Mächtigen in der Politik und der Wirtschaft auf *diese* Ausrichtung überwiegend mit Unverständnis und Ablehnung.³³ Die Anliegen der Aufklärung wurden in Europa *von Anfang an* viel zu wenig in die Praxis umgesetzt. Auf diesen Mangel machte António Guterres als Generalsekretär der Vereinten Nationen in der Rede aufmerksam, die er am 30. Mai 2019 anlässlich der Verleihung des Karlspreises in Aachen hielt.³⁴ Weil das Versagen der üblichen Formen westlicher Demokratie heute überall offensichtlich wird,³⁵ wies Guterres darauf hin, dass Europa zu bedeutend sei, um zu scheitern. Wir brauchen vernünftige Politik – keine Politiker*innen, die draufloshandeln, ohne zu berücksichtigen, wohin das führt. *Psychologie* eignet sich nicht nur zur Unterstützung von Menschen mit seelischen Erkrankungen, sondern auch dazu, denjenigen Menschen zunehmend zu Vernunft zu verhelfen, die bislang noch zu wenig merken und erkennen, inwiefern sie unvernünftig – also verrückt, irre, realitätsfern – handeln.³⁶

5. Die Natur und die Gesundheit sind unsere Lebensgrundlagen – nicht Geld

Die Art und Weise unseres Zusammenlebens, des Wirtschaftens und Umgehens mit der Natur, zeigt sich in der *Qualität des Sozialklimas*. Diese Art und Weise gehört zu den wichtigsten Grundlagen unserer Gesundheit, unserer Leistungsfähigkeit und unserer (Über-) Lebenschancen. Wenn die Form des Wirtschaftens die Überlebenschancen aller Lebewesen schwächt und

ruiniert, nützt uns unser Geld nichts mehr. Das missachten Finanz- und Bankexperten wie Mario Draghi als Präsident der Europäischen Zentralbank: Geld ist stets nur das wert, was man an Mitteln zum Leben erhalten kann, wenn man es dafür ausgibt, dagegen tauscht. Geld trägt keinerlei *eigenen Wert in sich*.³⁷



Es gehört zu den Verrücktheiten unserer politischen und unternehmerischen „Eliten“, Geld für das Blut der Wirtschaft zu halten – für eine unverzichtbare Grundlage unseres Lebens und aller Problemlösungen. Für gutes Wirtschaften, für nachhaltige Problemlösungen, brauchen wir fähige Menschen.³⁸ Bildungsförderung und Psychologie/Psychotherapie können dazu verhelfen.³⁹

Fußnoten

¹ Bereits in der ägyptischen und griechischen Antike erwiesen sich politische Führungsinstanzen als überfordert, öffentliche Angelegenheiten hinreichend zu überblicken und zu ordnen. Deshalb kam es immer wieder zu verheerenden Missständen. Als Reaktion darauf entstand die Herkulesgeschichte: Herkules übernahm zwölf Arbeiten, in denen Aspekten des Versagens und des Machtmissbrauchs herrschender Instanzen sowie den daraus entstandenen lebensbedrohlichen Folgen so zu begegnen war, dass diese unschädlich gemacht bzw. behoben wurden.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Herakles> Von irdischen Herrschern unaufgefordert und unautorisiert setzte Herkules seine herausragenden Fähigkeiten zum Wohl der Menschheit ein. Thomas Kahl: Strategien des Halbgottes Herkules verhelfen zu überzeugenden Lösungen. In: Thomas Kahl: Die besten Jahre liegen noch vor uns. Die Menschenrechte als Basis weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit im Sinne der Vereinten Nationen. Berliner Wissenschafts-Verlag BWV 2017. S. 393-397. Alice A. Bailey: Die Arbeiten des Herkules. Lucis Verlag Genf 1974. Diese Thematik durchzieht die gesamte Weltliteratur, insbesondere Sagen und Märchen.

² Dass die noch extrem kriegsgeschwächten Russen unter Stalins Führung 1947 die USA in irgendeiner Weise ernsthaft bedrohen würden oder wollten, was Truman ihnen unterstellte, erscheint als realitätsfern-absurd angesichts der *damaligen* enormen Machtüberlegenheit der USA und Westeuropas gegenüber der Sowjetunion. Was Truman als *wirklich ernst zu nehmende* Bedrohung der US-Vormachtstellung in der Weltpolitik empfunden haben dürfte und über seine Doktrin beseitigen wollte, dürfte der Einfluss der Vereinten Nationen sowie die Popularität kommunistischer und sozialistischer demokratischer Organisationsformen und Parteien gewesen sein, die sich in etlichen Staaten zeigten, insbesondere in Europa und Südamerika, außerdem in Asien und Afrika.

In offensichtlicher Weise setzen die USA-Regierungen als „einzige Weltmacht“ seit der Truman-Doktrin (1947) alle anderen Regierungen zugunsten ihrer vermeintlichen Interessen („America first“) unter Druck. Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Vorwort von Hans-Dietrich Genscher. Kopp Verlag 2015. Im „Land der unendlichen Möglichkeiten“, im „Wilden Westen“, war von Anbeginn die Macht der „Stärkeren“, der brutal Durchsetzungsfreudigeren, *vorherrschend* geworden: Wer zuerst zuschlägt oder schießt, der gewinnt. Das ist Rechtsextremismus in Reinform! Wer, wie die USA-Regierungen, der *Ideologie der Ungleichwertigkeit* folgt, der neigt dazu, Über- und Unterordnungen, Ausbeutung und Sklavenhaltung sowohl im Bereich menschlicher Begegnungen und Beziehungen als auch gegenüber allem Natürlichen für gerechtfertigt und sinnvoll zu halten. Folglich war es im Einklang mit USA-Werthaltungen und -Interessen, Hitlers Ambitionen mit USA-Finanzkapital so lange zu unterstützen, wie er nur in Europa kriegerisch handelte – so lange keine

Schädigungen im USA- Territorium eintraten. Selbstverständlich änderte sich das nach dem japanischen Vernichtungsangriff auf die US-Marinesreitkräfte in Pearl Harbour am 7.12.1941. Dieses Ereignis wirkte sich in den USA zutiefst traumatisierend aus, vergleichbar dem Angriff auf die Twin Towers in New York am 11.9.2001. Siehe dazu: Vorwort/Zusammenfassung zu: Thomas Kahl: Der Schutz des Lebens auf der Erde. Die *freiheitlich-demokratische* globale Rechtsordnung verhilft zu weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit. www.imge.info/extdownloads/DerSchutzDesLebensAufDerErde.pdf

Empirische Forschungsbefunde der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen, dass *rechtsextreme Haltungen* in Deutschland stark verbreitet sind, auch in den Bereichen, die offiziell als „politische Mitte“ oder auch als „links“ bezeichnet werden. Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hg.): Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus. Psychosozial-Verlag 2015

Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012 Friedrich-Ebert-Stiftung. www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_12/mitte-im-umbruch_www.pdf

Sabine Leuthusser-Schnarrenberger: Auf dem Weg in den autoritären Staat. Blätter für deutsche und *internationale* Politik 2008. www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2008/januar/auf-dem-weg-in-den-autoritaeren-staat

Selbstverständlich können sich Rechtsextreme *in der Mitte* oder *links daneben* aufhalten. Politische Haltungen lassen sich gut tarnen, denn sie sind etwas *Inneres*, nicht etwas von *außen* offensichtlich Erkennbares. Jede Partei hat rechte und linke Flügel, ebenso wie weltweit jedes Parlament. Folglich ist es ziemlich gleichgültig, welche Partei man wählt: Rechtsextreme kann es in jeder Partei geben. Bezeichnungen wie „rechts“, „Mitte“ und „links“ erweisen sich als wenig informativ. Sie sind keineswegs trennscharf. Denn sie besagen nichts zu den Eigenarten von Parteiangehörigen: Jede(r) kann jederzeit in jede Partei eintreten und als deren „Mitglied“ aktiv werden, auch um deren offizielle politische Ausrichtung von extrem „rechts“ oder „links“ zu beeinflussen und zu unterlaufen. Derartige ist „normal“: In allen Parteien kann es sowohl „Nationalsozialisten“ als auch „Kommunisten“ geben. Seit 2002 werden in den Leipziger „Mitte“-Studien Messwerte zu rechtsextremen Haltungen für die Friedrich-Ebert-Stiftung ermittelt. Diese beruhen auf Fragebogenuntersuchungen, die als Weiterentwicklungen der „F-Skala“ („Faschismus-Skala“) entstanden, die unter Mitwirkung von Theodor W. Adorno entwickelt worden war. [https://de.wikipedia.org/wiki/F-Skala_\(Autoritäre_Persönlichkeit\)](https://de.wikipedia.org/wiki/F-Skala_(Autoritäre_Persönlichkeit))

Dazu gibt es eine Mitteilung der Autoren dieser Studien auf einer Internet-Seite der *Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb)*:

„Die Forschergruppe, hauptsächlich wie Adorno nach 1933 in die USA emigrierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, wollten verstehen, warum „ganz normale Menschen“ empfänglich für antidemokratische Propaganda waren. Sie schlossen hierfür an die noch in Deutschland vor 1933 durchgeführte Studie „Autorität und Familie“ von Erich Fromm, Herbert Marcuse und Max Horkheimer an, welche auf Grundlage der Freudschen Psychoanalyse einen Zusammenhang von Erziehung, Persönlichkeit und politischer Einstellung annahm.“

www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/198945/was-ist-rechtsextreme-einstellung-und-woraus-be-steht-sie

Für solche Zwecke wurden inzwischen aktualisierte und zuverlässigere Messinstrumente und Verfahren entwickelt. Dieser Aufgabenstellung hatte sich in den 30er-Jahren in den USA der Psychotherapeut, Gestalt- und Sozialpsychologe Kurt Lewin gewidmet. Lewins experimentelle Vorgehensweise war derjenigen von Adorno et.al. methodisch deutlich überlegen gewesen. Denn Lewins experimenteller *humanistisch-psychologischer* Ansatz ging nicht von Freuds Psychoanalyse aus, sondern von der exakten mathematisch-naturwissenschaftlichen physikalischen Methodologie, auf der Einsteins Relativitätstheorie und Heisenbergs Quantentheorie beruhen. Darauf beruht auch Thomas Kahl: Qualitätsmanagement in Deutschland, Europa und weltweit. Die Entwicklung einer humanen Technologie für Global Governance.

www.imge.info/extdownloads/QualitaetsmanagementInDeutschlandEuropaWeltweit.pdf

³ Thomas Kahl: Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule zwischen dem Anspruch des Grundgesetzes und der Wirklichkeit. Eine entwicklungsgeschichtliche Betrachtung mit Hinweisen zur Auftragsbewältigung. www.imge.info/extdownloads/DerBildungsUndErziehungsauftragDerSchule.pdf

⁴ Thomas Kahl: Praktische Ansätze zur Verwirklichung der UN-Agenda 2030. Es gibt bewährte Strategien zur Bewältigung globaler Herausforderungen. (Vortrags-Manuskript zur MV der DGVN am 26.10.2019 in Berlin) www.imge.info/extdownloads/Ansätze-zur-Verwirklichung-der-UN-Agenda-2030.pfd

⁵ Carl Friedrich von Weizsäcker: Fragen zur Weltpolitik 1975, S. 122-125.

Carl Friedrich von Weizsäcker: Der bedrohte Friede. Politische Aufsätze 1945-1981. München 1981, S. 292-295.

⁶ Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten. Ein Vorschlag. Herausgegeben von Helmut Schmidt. München: Piper 1998, S. 7ff. Zur Klärung siehe dazu auch:

⁷ www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-Egon-Bahr-schockt-die-Schueler-Es-kann-Krieg-geben-arid.18921.html (04.12.2013)

⁸ www.zitate.eu/de/zitat/47810/heinrich-boell

⁹ Wilhelm Hennis war von 1953 bis 1959 wissenschaftlicher Assistent von Carlo Schmid am Institut für Politische Wissenschaft der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main.

¹⁰ Wilhelm Hennis: Deutschland ist mehr als ein Standort. Parteienherrschaft, Bürokratisierung, Missbrauch des Föderalismus: Der politische Stillstand hat nicht nur ökonomische Ursachen. In: DIE ZEIT Nr. 50, 5.12.1997, S. 6-7. www.zeit.de/1997/50/Deutschland_ist_mehr_als_ein_Standort

¹¹ Thomas Kahl: Wie vernünftige Politik im global village gelingt. Über ein weltweit einheitliches Demokratie-Konzept kann man Politiker-Versagen erkennen und vermeiden.

www.imge.info/extdownloads/WieVernuenftigePolitikGelingt.pdf

Thomas Kahl: Demokratie in Not?! Was gehört zu Demokratie? Was ist zu ihrer Unterstützung erforderlich? <http://www.imge.info/extdownloads/DemokratieInNot.pdf>

Thomas Kahl: Unsere übliche Form von *Demokratie* versagt. Was verhilft zur erfolgreichen Durchführung von Reformen? <http://www.imge.info/extdownloads/UnsereUeblicheFormVonDemokratieVersagt.pdf>

Thomas Kahl: *Demokratisch* kann nur sein, was das Allgemeinwohl *nachhaltig* unterstützt. Modernes Knowhow macht es leicht, optimal für Gerechtigkeit zu sorgen.

www.imge.info/extdownloads/DemokratischKannNurSeinWasDasAllgemeinwohlUnterstuetzt.pdf

¹² Thomas Kahl: Was hilft bei Mobbing? www.imge.info/extdownloads/WasHilftBeiMobbing.pdf

¹³ Jules Henry: Culture Against Man. New York: Random House, 1963

Thomas Kahl: Wo Rivalität vernichtet, können Rechts- und Bildungsmaßnahmen retten. Demokratische Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit als Basis globaler Zusammenarbeit (Global Governance).

www.imge.info/extdownloads/WoRivalitaetVernichtetKoennenRechtsUndBildungsmassnahmenRetten.pdf

Oswald Spengler: Der Untergang des Abendlandes: Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte. 1918/1922. Anaconda Verlag Köln 2017.

Im Hinblick auf das rechtswissenschaftliche *Handeln* unterstreicht der Wissenschaftsrat die naturwissenschaftliche Evidenzbasierung: „Das Recht ist in der Moderne ein zentrales gesellschaftliches Steuerungsmedium. Seine wesentlichen Funktionen lassen sich umschreiben als (1) Konfliktregelung, (2) Verhaltenslenkung und (3) Verwirklichung von Leitideen wie Gerechtigkeit, Freiheit, Menschenwürde und Solidarität.

(1) In fundamentaler Weise und von alters her dient Recht der Streitvermeidung und Streitschlichtung und dadurch der Friedenssicherung. Rechtshistorisch gesehen diente das für alle geltende Recht in Verbindung mit dem staatlichen Gewaltmonopol der Zurückdrängung personaler Eigenmacht in Gestalt von Rache und Selbstjustiz sowie der Überwindung der Fehde. Seinem Anspruch nach sorgt es für eine gleiche und damit gerechte Behandlung der Rechtsunterworfenen.“ Wissenschaftsrat: Perspektiven der Rechtswissenschaft in Deutschland. Situation, Analysen, Empfehlungen. Hamburg 2012, S. 25 f.

www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/2558-12.pdf Diese Stellungnahme entstand unter dem Vorsitz von Wolfgang Marquardt, Professor für *Prozesstechnik* an der RWTH Aachen.

Bei allen rechtswissenschaftlichen (juristischen) Angelegenheiten liegen Aufgaben vor, die sich nur gerecht (= zweckmäßig, sachkompetent) bewältigen lassen, indem evidenzbasiert-bewährte pädagogische (erziehungswissenschaftliche), also bildungsbezogene oder psychotherapeutische, (Re-)Sozialisierungs- und Rehabilitierungsmaßnahmen genutzt werden. Auf der Grundlage dieser weisen Einsicht handel(te)n die Richter*innen in Großbritannien und auch in weiteren Regionen der Erde gegenüber Täter*innen sowie Tatverdächtigen sinnvollerweise exakt gemäß dem, was sich aufgrund ihrer Erfahrungen als pädagogisch bzw. psychotherapeutisch besonders hilfreich erwiesen hatte. Siehe dazu

Thomas Kahl: Das Rechtswesen soll für friedliches Zusammenleben sorgen. Psychotherapie hat ebenfalls diesen Auftrag. www.imge.info/extdownloads/DasRechtswesenSollFuerFriedlichesZusammenlebenSorgen.pdf

Thomas Kahl: Es gibt verschiedene Formen rechtlichen Vorgehens: konstruktive und kriminell-destruktive. Zur Orientierung verhilft die ethisch-moralische Stufentheorie von Lawrence Kohlberg.

www.imge.info/extdownloads/EsGibtVerschiedeneFormenRechtlichenVorgehens.pdf

Was zu gerechtem mitmenschlichem Umgang gehört, veranschaulichen Hinweise auf Vorgehensweisen, die in Afrika verbreitet sind:

- „Ein Anthropologe bot Kindern eines afrikanischen Stammes ein neues Spiel an. Er stellte einen Korb voller Obst in die Nähe eines entfernten Baumes und sagte zu ihnen: „Wer zuerst dort ist, gewinnt die süßen Früchte.“ Als er ihnen das Startsignal gegeben hatte, nahmen sie sich gegenseitig an den Händen und liefen so gemeinsam zum Baum. Dort angekommen, setzten sie sich auf den Boden und genossen ihre Leckereien zusammen. Als der Lehrer sie fragte, weshalb sie so gelaufen seien, wo doch jeder die Chance hatte, die Früchte für sich selbst zu gewinnen, antworteten sie: „Ubuntu“, (das bedeutet) „ICH bin, weil WIR sind“ und erklärten dazu: „Wie könnte einer von uns froh sein, wenn all die anderen traurig sind?“

Diese Geschichte wurde gefunden in: Köbis Glückspost Nr. 11, Dezember 2014, S. 3 www.koebimeile.ch, ferner auf <https://netzfrauen.org/2013/12/25/die-u-b-u-n-t-u-geschichte/>

Ubuntu bedeutet in der Xhosa-Kultur: „Ich bin, weil du bist, und ich kann nur sein, wenn du bist.“

„Das Wort *Ubuntu* stammt aus einer afrikanischen Sprache und bedeutet „Menschlichkeit gegenüber Anderen“. Es ist „der Glaube an etwas Universelles, das die gesamte Menschheit verbindet“.

Desmond Tutu beschreibt Ubuntu so:

„Ein Mensch mit Ubuntu ist für Andere offen und zugänglich. Er bestätigt Andere und fühlt sich nicht bedroht, wenn jemand gut und fähig ist, denn er oder sie hat ein stabiles Selbstwertgefühl, das in der Zugehörigkeit zu einem größeren Ganzen verankert ist.“ Desmond Tutu: No Future Without Forgiveness“ („Keine Zukunft ohne Vergebung“) London: Rider, 1999

- „Ein afrikanischer Stamm nimmt ein Stammesmitglied, das etwas Verletzendes oder Falsches getan hat, in die Mitte und erzählt ihm zwei Tage lang alles Gute, was er je getan hat. Sie glauben, dass jeder Mensch im Grunde gut ist und sich Sicherheit, Liebe, Frieden und Glück wünscht. Seine Missetat ist nur ein Hilferuf. Auf diese Weise verbinden sie ihn wieder mit seiner wahren Natur. Er kann erkennen, wie er sich von der Wahrheit vorübergehend getrennt hatte und sich wieder erinnern, wer er wirklich ist.“ Dieser Text wurde gefunden u.a. auf www.gandhi-auftrag.de/Ein_NEUER_Morgen.htm

¹⁴ Thomas Kahl: Notwendig ist eine Totalreform des Gesundheitswesens. Optimale Gesundheitsförderung erfordert eine universelle Herangehensweise.

www.imge.info/extdownloads/NotwendigIstEineTotalreformDesGesundheitswesens.pdf

¹⁵ Thomas Kahl: 70 Jahre Grundgesetz. Von Bemühungen, in Deutschland mehr Demokratie zu wagen.

www.imge.info/extdownloads/70JahreGrundgesetz.pdf

Thomas Kahl: Thomas Kahl: Wir brauchen menschenwürdige Handlungskorrekturen. Das Menschen- und Grundrecht auf freiheitliche Sozialisierung.

www.imge.info/extdownloads/Menschenwuerdige-Formen-der-Handlungskorrektur.pdf

Thomas Kahl: *Demokratisch* kann nur sein, was das Allgemeinwohl *nachhaltig* unterstützt. Modernes Knowhow macht es leicht, optimal für Gerechtigkeit zu sorgen.

www.imge.info/extdownloads/DemokratischKannNurSeinWasDasAllgemeinwohlUnterstuetzt.pdf

Thomas Kahl: Der Weg zum Weltfrieden führt über die neue Seidenstraße. Die Überlegenheit „des Ostens“ über „den Westen“ kann mit deutscher Unterstützung weltweit das Wohl aller Menschen fördern.

www.imge.info/extdownloads/DerWegZumWeltfriedenFuehrtUeberDieNeueSeidenstrasse.pdf

¹⁶ Siehe Fußnote 1.

¹⁷ Thomas Kahl: Die UNO. Vom globalen Gegeneinander zum kollegialen Teamwork.

www.imge.info/extdownloads/DieUNOVomGlobalenGegeneinanderZumKollegialenTeamwork.pdf

Thomas Kahl: Auf dem Weg von weltweiter Gegnerschaft zu Einigkeit. Beiträge der Vereinten Nationen zum Ordnen des Zusammenlebens. www.imge.info/extdownloads/AufDemWegVonGegnerschaftZuEinigkeit.pdf

¹⁸ Ban Ki-Moon: Stärkere Vereinte Nationen für eine bessere Welt: Meine Prioritäten als Generalsekretär der Vereinten Nationen. <https://www.unric.org/html/german/sg/PAMPHLET.pdf>

¹⁹ Kinderrechtskonvention: „**Artikel 29 Bildungsziele; Bildungseinrichtungen**“

Die Vertragsstaaten stimmen darin überein, dass die Bildung des Kindes darauf gerichtet sein muss,

- a. die Persönlichkeit, die Begabung und die geistigen und körperlichen Fähigkeiten des Kindes voll zur Entfaltung zu bringen;
- b. dem Kind Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten und den in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsätzen zu vermitteln;
- c. dem Kind Achtung vor seinen Eltern, seiner kulturellen Identität, seiner Sprache und seinen kulturellen Werten, den nationalen Werten des Landes, in dem es lebt, und gegebenenfalls des Landes, aus dem es stammt, sowie vor anderen Kulturen als der eigenen zu vermitteln;
- d. das Kind auf ein verantwortungsbewusstes Leben in einer freien Gesellschaft im Geist der Verständigung, des Friedens, der Toleranz; der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Freundschaft zwischen allen Völkern und ethnischen, nationalen und religiösen Gruppen sowie zu Ureinwohnern vorzubereiten;
- e. dem Kind Achtung vor der natürlichen Umwelt zu vermitteln.“ <https://www.kinderrechtskonvention.info>

²⁰ Siehe hierzu das Engagement für die *Psychoanalyse der Gesellschaft und ihrer Institutionen*, das in den 1930er Jahren von aus Deutschland in die USA emigrierten Sozialwissenschaftlern jüdischer Herkunft ausging, beispielsweise von Theodor W. Adorno (siehe Fußnote 2). Hier lassen sich wesentliche Grundlagen des *kontextuellen Meta-Modell-Paradigmas der Psychotherapie* erkennen. Darauf beruhen die aktuellen Leipziger „Mitte Studien“ zu rechtsextremen Einstellungen. Siehe Fußnote 2.

Das kontextuelle Meta-Modell-Paradigma entstand maßgeblich im Rahmen organisationssoziologischer Studien, in denen gruppendynamische Prozesse beobachtet, analysiert und bewusst im Hinblick auf bestimmte Ziele modifiziert werden. Dabei werden alle Einzelpersonen als Individuen mit ihren Bedürfnissen sowie in ihrer Eingebundenheit in Lern- und Arbeitsgruppen *als soziale Subsysteme* innerhalb übergeordneter sozialer Einheiten (= Mehrebenen- bzw. Metasysteme) betrachtet. *Metasysteme* können zum Beispiel Schulklassen, Schulen, Staaten und Staatenverbände sein sowie Abteilungen in staatlichen und privaten Unternehmen sowie in deren nationalen und internationalen Kooperationsbezügen. Derartige Studien wurden insbesondere seitens der UNESCO initiiert. Diesbezüglich erscheinen die folgenden Publikationen erwähnenswert:

Kurt Lewin, Lippitt, R. and White, R.K. (1939). Patterns of aggressive behavior in experimentally created social climates. *Journal of Social Psychology*, 10, 271-301 <https://de.wikipedia.org/wiki/Führungsstil>

Lewin gehörte neben den Physikern Albert Einstein, Werner Heisenberg und Carl Friedrich von Weizsäcker zu den profiliertesten wissenschaftlichen Unterstützern der Vision der Vereinten Nationen. Auf seinem „feldtheoretischen“ kontextuellen Modell basiert:

C. W. Gordon: *The Social System of the High School: A study in the sociology of adolescence*. New York: Glencoe 1957 und C. W. Gordon: *Die Schulklasse als ein soziales System*. In: Peter Heintz (Hg.): *Soziologie der Schule*, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Köln/Opladen (8. Aufl.) 1970.

Peter Fürstenau: *Psychoanalyse der Schule als Institution*. In: *Das Argument*, 6. Jg., H. 2, 1964, S. 65–78.

Peter Fürstenau: *Neuere Entwicklungen der Bürokratieforschung und das Schulwesen. Ein organisations-soziologischer Beitrag*. In: *Zur Theorie der Schule*, PZ-Veröffentlichungen. Beltz Weinheim 1969, S. 47-66

Caspar von Schrenck-Notzing: *Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen*. Ares Verlag Graz 2004. Erstveröffentlichung im Seewald Verlag Stuttgart 1965

²¹ Simon Schuster, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Europarecht, Völkerrecht und Öffentliches Recht von Univ.-Prof. Dr. Stephanie Schiedermaier an der Universität Leipzig, stellt ein Verständnis des deutschen Grundgesetzes dar. Dieses Verständnis scheint die Legitimationsbasis desjenigen politischen Handelns zu bilden, das in Deutschland seit der Verabschiedung des Grundgesetzes real vorherrscht. Somit ist der Eindruck naheliegend, dass dieses Verständnis von Anfang an allgemein als das einzig „richtige“ und „mögliche“ angesehen und zustimmend geteilt wurde – nicht nur unter Jurist*innen und Politiker*innen, sondern auch in der gesamten Öffentlichkeit:

„Das Grundgesetz ist sehr zurückhaltend, wenn es um die unmittelbare Beteiligung der Bürgerinnen an politischen Prozessen geht. Dahinter steckt, dass man nach dem 2. Weltkrieg der deutschen Bevölkerung gegenüber insgesamt kritisch eingestellt war. Immerhin hatte sie den Nationalsozialist*innen zur Macht verholfen und jegliche Gräueltaten bejubelt. Es brauchte also ein Korrektiv, eine Instanz, an dem die Bevölkerung nicht direkt beteiligt war. Also schuf man in der Folge ein repräsentatives Modell mit dem Parlament als Zwischeninstanz. Dessen demokratische Legitimation wird durch Wahlen hergestellt. Offensichtlich wollte der mit der Ausgestaltung des Grundgesetzes beauftragte *Parlamentarische Rat* der eigenen Bevölkerung keinen direkten Zugriff auf das Entscheidungsverfahren geben. Stattdessen hat er einer erheblichen Konzentration von Hoheitsgewalt in den Händen vergleichsweise weniger Menschen zugestimmt. Das Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen, deren Menschenwürde, musste anders gesichert werden. Diese Erkenntnis war bei den Verfassungsmüttern und -vätern so stark ausgeprägt, dass nach deren Ansicht eine weitere Demokratisierung - im Sinne von mehr direktem Einfluss der Bevölkerung - überhaupt nicht notwendig war. Das Postulat der Freiheit des Menschen sollte durch Grundrechte geschützt werden.

Ein Beispiel sei erlaubt: Beim grundgesetzlichen Demokratieverständnis geht man davon aus, dass die geltenden Bestimmungen ein ausreichendes Mindestniveau demokratischer Legitimation statuieren. Folglich muss zur Wahrung des Demokratieprinzips nicht hinterfragt werden, ob der Einfluss der Bürger*innen auf den politischen Willensbildungsprozess zur Wahrung des grundgesetzlichen Demokratieprinzips gesteigert werden könnte. Somit besteht für den Gesetzgeber (und die Gesellschaft) nie zwingender politischer Handlungsbedarf. Mit dem Rückzug auf die Einhaltung der demokratischen Legitimationskette kann die bestehende Distanz des Souveräns von den Entscheidungsprozessen gerechtfertigt werden.“ Simon Schuster: *Demokratie des gehorchenden Regierens. Das zapatistische Modell einer neuen Gesellschaftsordnung*. Unrast-Verlag, Münster 2017. S. 17f.

Dementsprechend wurde in der Bundesrepublik Deutschland eine *obrigkeitsstaatlich-vordemokratische* Grundgesetz-Vorstellung vorherrschend. Diese stellte Peter Badura dar, Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht, Rechts- und Staatsphilosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München von 1970 bis 2002:

„Der Staat ist ein historisch konkreter Begriff, nicht eine zeitlose Ordnungsvorstellung. Erst die europäische Neuzeit hat die Frage nach einer „**Rechtfertigung**“ des Staates gestellt, die Frage also nach dem Grund des dem Staat geschuldeten Gehorsams und nach dem Sinn staatlich ausgeübter Herrschaft. ... Die Säkularisierung der Weltsicht und der Individualismus der Lebensdeutung, die Ausbildung der kapitalistischen Verkehrswirtschaft und das Staatsbild des Absolutismus liegen der Entstehung des neuzeitlichen Staates zugrunde. Die „Rechtfertigung“ des Staates bedeutet nicht seine Erklärung als Wirkung sozialer oder individueller Ursachen, sondern seine Anerkennung als eine vernünftige und sittlich gebotene Einrichtung. In den konfessionellen Bürgerkriegen des 16. und 17. Jahrhunderts bildet sich die staatliche Form politischer Herrschaft als eine religiös neutrale und damit ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntnis wirksame und legitimierbare Ordnung aus. Diesem von der Religion grundsätzlich getrennten Staat billigen die Theoretiker des neuzeitlichen politischen Denkens, JEAN BODIN (1529-1556) und THOMAS HOBBS (1588-1679), oberste Gewalt, „Souveränität“ zu.“ Peter Badura: *Staatsrecht. Systematische Erläuterung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland*. C.H. Beck, München 1986, S. 2 f.

„Nach dem Staatsrecht der Bundesrepublik ist durch den Zusammenbruch, die Handlungen der Besatzungsmächte, die Errichtung der beiden deutschen Staaten und die später zustande gekommenen Verträge und Erklärungen die rechtliche Kontinuität zwischen dem Deutschen Reich und der Bundesrepublik Deutschland nicht unterbrochen worden; die Bundesrepublik ist mit dem Deutschen Reich rechtlich identisch, d. h. die Bundesrepublik ist nicht ein neues oder anderes Rechtssubjekt im Verhältnis zum fortbestehenden Deutschen Reich.“ S. 37 f.

Dass Baduras Rechts- und Staatsvorstellungen sowie -lehren nicht den Tatsachen gerecht werden, geht zum Beispiel aus dem *Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik* hervor. Dieser Vertrag ist aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts mit dem Grundgesetz vereinbar. [BVerfGE 36,1 – Grundlagenvertrag http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv036001.html](http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv036001.html) In den Artikeln 2 und 3 dieses Vertrages wird betont, dass sich die beiden deutschen Staaten von den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen leiten lassen und bei der Lösung von Streitfragen ausschließlich friedliche und gewaltfreie Mittel einsetzen. Daraus ergibt sich logischerweise, dass mit dem Grundgesetz offiziell eine neue Rechtsordnung in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft trat, die derjenigen der *Vereinten Nationen* entspricht und damit *nicht mehr der des Deutschen Reiches*. Hier der Wortlaut dazu:

„Artikel 2: Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden sich von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung.

Artikel 3: Entsprechend der Charta der Vereinten Nationen werden die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und sich der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt enthalten.

Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.“

Diese Vertragsinhalte, und damit auch das Grundgesetz, wurden weder im Anschluss an die Verabschiedung dieses Vertrages noch im Rahmen der Politikstrategie von Helmut Kohl im Anschluss an die deutsche Wiedervereinigung seit 1990 zufriedenstellend beachtet und eingehalten: Eine gleichberechtigte gewaltlose argumentative Klärung von Streitfragen fand unter den Bürger*innen und den Vertreter*innen der beiden deutschen Staaten nicht statt: Den Bürger*innen der ehemaligen DDR wurde von den westlichen Siegermächten keine reelle Chance eingeräumt, sich mit den Fragwürdigkeiten des westlichen Demokratieverständnisses und Wirtschaftssystems eingehend vertraut zu machen und diesem gegenüber mögliche Vorteile eigener kultureller Errungenschaften zur Geltung zu bringen.

Thomas Kahl: Unsere übliche Form von *Demokratie* versagt. Was verhilft zur erfolgreichen Durchführung von Reformen? <http://www.imge.info/extdownloads/UnsereUeblicheFormVonDemokratieVersagt.pdf>

Thomas Kahl: Wie vernünftige Politik im global village gelingt. Über ein weltweit einheitliches Demokratie-Konzept kann man Politiker-Versagen erkennen und vermeiden.

www.imge.info/extdownloads/WieVernuenftigePolitikGelingt.pdf

„Peter Badura gehört zu den herausragenden Staatsrechtslehrern unserer Tage. Sein Werk erfasst und durchdringt den Staat des Grundgesetzes in einer kaum zu übertreffenden wissenschaftlichen Breite und Tiefe. Am 21. Februar 2004 feiert Peter Badura seinen siebzigsten Geburtstag. Aus diesem Anlass widmen ihm Kollegen, Schüler und Freunde diese Festschrift. Die Beiträge spiegeln die Breite der Forschungsschwerpunkte des Jubilars: Sie reichen vom Verfassungsstaat und der parlamentarischen Demokratie über Kirche, Rundfunk und Universität sowie Wirtschaft und Verwaltung bis hin zum Europarecht und internationalen Fragestellungen.“ [Michael Brenner](#), Peter M. Huber, [Markus Möstl](#) (Herausgeber): Der Staat des Grundgesetzes - Kontinuität und Wandel: Festschrift für Peter Badura zum siebzigsten Geburtstag. Mohr Siebeck 2004

<https://d-nb.info/970319924/04>

„Er gilt als einer der bedeutendsten Staatsrechtler der neueren deutschen Geschichte. Nicht zuletzt wird dieser Ruf durch seine Kommentierungen im Bonner Kommentar, im *Maunz-Dürig* und sein als Standardwerk geltendes, in sechster Auflage erschienenes Lehrbuch zum Staatsrecht begründet.“

https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Badura

Dass sich diese absolutistische staatliche Organisationsstruktur lebens-, natur- und entwicklungsfeindlich auswirken kann, verdeutlicht die Formulierung „Fiat justitia perat mundum.“ (Wird dieses Recht befolgt, so geht die Welt zugrunde.) Diese Organisationsstruktur hatte nicht nur zum Untergang des einstigen römischen Weltreiches beigetragen. Sie entspricht dem sogenannten „Herr im Hause“-Prinzip: Der Hausherr bzw. der Hausbesitzer oder ein anderes „Familienoberhaupt“ kann weitgehend gemäß eigenen persönlichen Wertvorstellungen sowie eigenem Ermessen, gegebenenfalls auch nach Lust und Laune bestimmen, was in seinem Territorium ge- und verboten ist, welche Strafen verhängt werden usw. Wozu das führen kann, hatte sich im Dritten Reich eindrucksvoll gezeigt. Um derartigem despotischem Machtmissbrauch wirkungsvoll vorzubeugen, war 1945 die Gründung der Organisationen der Vereinten Nationen erfolgt sowie 1949 die Verabschiedung des deutschen Grundgesetzes. Damit sollte endgültig Abstand genommen werden von der mittelalterlichen *scholastischen Dogmatik*, die der traditionellen deutsche Staatsrechtslehre und dem Grundgesetzverständnis Peter Baduras und anderer Staatsrechtslehrer*innen in Zentraleuropa, auch der EU-Gesetzgebungspraktik, zugrunde liegt. Gemäß der *scholastischen* Denktradition entscheiden *Auslegungen der Hebräischen Bibel* darüber, wie der Staat und alles in ihm zu definieren, zu verstehen und praktisch zu gestalten sind: Staat und Gesellschaft werden hier als von *biblisch-juristischen Traditionen* begründete Gegebenheiten dargestellt. Die theologiegebundene Philosophie bestimmt bis in die heutige

Zeit die Politik, die Gesetzgebung, die Ethik sowie das Rechts-, Bildungs- und Gesundheitswesen in vielen Ländern mit. Vgl. hierzu Joseph Aloisius Ratzinger: Die Aktualität der Scholastik. Regensburg 1975. (Papst Benedikt XVI)

Siehe die Reaktion darauf von Kurt Meier: Raus aus der kirchlichen Matrix. Rituale, Sakramente, Verträge. In: *raum&zeit*, 209/2017, S. 92-97. www.unchurch-now.com

Thomas Kahl: Die Bedeutung der Menschenrechte aus der Sicht der Vereinten Nationen und des Grundgesetzes. Dringend erforderlich ist eine angemessene Menschenrechtsbildung. www.imge.info/extdownloads/DieBedeutungDerMenschenrechteAusDerSichtDerVereintenNationenUndDesGrundgesetzes.pdf

Zur aufgeklärt-demokratischen Position der Vereinten Nationen siehe Thomas Kahl: Staatsrecht und Grundgesetz. Freiheit/Souveränität ist die Fähigkeit, eigenes Potential ungehindert zugunsten des Allgemeinwohls einsetzen zu können. Eine Stellungnahme zu Karl Albrecht Schachtschneider: „Die Souveränität Deutschlands“ Kopp 2012. www.imge.info/extdownloads/StaatsrechtUndGrundgesetz.pdf

Angesichts der *Verfassungsdefizite in der EU* wird keineswegs im Sinne des Allgemeinwohles, sondern willkürlich despotisch vorgegangen. https://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_über_eine_Verfassung_für_Europa

Siehe hierzu „Gespenstische Wanderung.“ Interview mit Jean-Claude Juncker. Der SPIEGEL, 16. Juni 2003 <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-27390298.html>

„1999 sagte Juncker, damals in seiner Funktion als Luxemburgs Premierminister, über die Methoden, zu denen er die Staats- und Regierungschefs der EU in der Europapolitik ermuntere: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“ https://de.wikipedia.org/wiki/Jean-Claude_Juncker

²² Siehe Fußnote 2.

²³ Dazu ein Beispiel aus dem Bildungsbereich: Ausgehend von den Regelungen der Schulgesetzgebung in den deutschen Bundesländern veröffentlichten Theodor Sander, Hans-G. Rolff und Gertrud Nunner-Winkler ein Buch mit dem Titel: Die demokratische Leistungsschule: Zur Begründung und Beschreibung der differenzierten Gesamtschule. Schroedel Verlag 1967. Es war geeignet, eine Bildungsförderung einzuleiten, die den Kriterien der Vereinten Nationen gerecht werden sollte. Die Einführung eines derartigen inklusiven Bildungssystems als „Regelschule“ be- und verhinderten gesellschaftlich mächtige Bürger*innen und Berufsgruppen – insbesondere über die CDU. Dazu gehörten insbesondere Ärzt*innen, Jurist*innen, Lehrer*innen und Unternehmer*innen. Diese bestanden auf der Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems und dessen Ausleseverfahren. Davon erhofften sie sich eine dauerhafte Absicherung ihrer Ansprüche auf Vorherrschaft gegenüber anderen Menschen.

²⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Picht

²⁵ Georg Picht: Die deutsche Bildungskatastrophe. Olten/Freiburg: Walter 1964, S. 60f.

²⁶ Georg Picht: Die deutsche Bildungskatastrophe. Zwei Millionen Schüler mehr – Woher sollen die Lehrer kommen? In: *Christ und Welt* 31.01.1964, Nr. 5, S. 3 [www.unibielefeld.de/Universitaet/Einrichtungen/Weitere%20Einrichtungen/Universitaetsarchiv/images/Kapitel-](http://www.unibielefeld.de/Universitaet/Einrichtungen/Weitere%20Einrichtungen/Universitaetsarchiv/images/Kapitel-1_UABI_Schelsky.pdf)

[1_UABI_Schelsky.pdf](http://www.unibielefeld.de/Universitaet/Einrichtungen/Weitere%20Einrichtungen/Universitaetsarchiv/images/Kapitel-1_UABI_Schelsky.pdf)

²⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/Galileo_Galilei

²⁸ Thomas Kahl: Initiativen des Hamburger UNESCO-Instituts zur Förderung menschenwürdiger demokratischer Vorgehensweisen. www.imge.info/extdownloads/InitiativenDesHamburgerUNESCOInstituts.pdf

²⁹ Das Bundesgesundheitsministerium teilt zur WHO mit:

„Die WHO ist die Koordinationsbehörde der Vereinten Nationen für das internationale öffentliche Gesundheitswesen und federführend in globalen Gesundheitsfragen. Zu ihrem Mandat gehört die Festlegung weltweit gültiger Normen und Standards, die Formulierung evidenzbasierter gesundheitspolitischer Grundsätze sowie die Ausgestaltung der Forschungsagenda für Gesundheit.

Laut Verfassung der Weltgesundheitsorganisation ist ihr Ziel die Verwirklichung des bestmöglichen Gesundheitsniveaus bei allen Menschen. Ihre Hauptaufgabe ist die Bekämpfung der Erkrankungen und die Förderung der allgemeinen Gesundheit aller Menschen weltweit.

Die WHO unterstützt ihre Mitgliedstaaten bei der fachlichen Umsetzung von Gesundheitsprogrammen, sie überwacht und bewertet gesundheitliche Trends, fördert die medizinische Forschung und leistet Soforthilfe bei Katastrophen.

Eine zentrale Aufgabe der WHO ist es, Leitlinien, Standards und Methoden in gesundheitsbezogenen Bereichen zu entwickeln, zu vereinheitlichen und weltweit durchzusetzen.“

www.bundesgesundheitsministerium.de/service/begriffe-von-a-z/w/weltgesundheitsorganisation-who.html

Thomas Kahl: Die Maßnahme „Optimierung der gesundheitlichen Versorgung (OgV)“. Gesundheit ist ein Menschenrecht und sollte deshalb kostenlos erhältlich sein.

www.imge.info/extdownloads/DieMassnahmeOptimierungDerGesundheitlichenVersorgung.pdf

³⁰ Thomas Kahl: Wie unser menschliches Handeln den Klimawandel bestimmt und wie wir ihn in den Griff bekommen können. Reaktionen auf Beiträge des ZEIT-Politikredakteurs Bernd Ulrich.

www.imge.info/extdownloads/Wie-menschliches-Handeln-den-Klimawandel-bestimmt.pdf

³¹ Thomas Kahl: Das moderne naturwissenschaftliche Welt- und Menschenbild betont vernünftige Selbststeuerung. www.imge.info/extdownloads/Das-moderne-naturwissenschaftliche-Welt-und-Menschenbild.pdf

³² Rede der Kanzlerin im Wortlaut. Was Merkel in Harvard sagte.

<https://www.n-tv.de/politik/Was-Merkel-in-Harvard-sagte-article21059002.html>

³³ Ariane Leendertz: Die Politik der Entpolitisierung: Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften in Starnberg und Köln <http://edition-open-access.de/proceedings/6/9/index.html>

Bereits 1970, als das *Starnberger Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt* für den Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker gegründet worden war, kamen Bedenken dagegen aus Wirtschaftsunternehmen, etwa der Chemiebranche. Diese befürchteten, von dort könnten geschäftsschädigende Impulse ausgehen. Siehe hierzu:

Michael Drieschner: Die Verantwortung der Wissenschaft. Ein Rückblick auf das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt (1970–1980)

<http://www.ruhr-uni-bochum.de/philosophy/staff/drieschner/beding.htm>

³⁴ Thomas Kahl: In Europa brauchen wir *nachhaltig-vernünftige* Politik. António Guterres konnte in seiner Karlspreis-Rede Wichtiges nur andeuten, aber nicht ausführlich darstellen.

www.imge.info/extdownloads/In-Europa-brauchen-wir-nachhaltig-vernueftige-Politik.pdf

³⁵ In Zentraleuropa und in den USA interpretier(t)en Jurist*innen das Menschenrechtsverständnis der Aufklärung und der Vereinten Nationen im Sinne des „*Herr im Hause*“-Prinzips. Ausdrücklich tat das Ernst-Wolfgang Böckenförde (SPD): Als Staatsrechtler und ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht behauptete er weitgehend unwidersprochen, dass *dem Freiheitskonzept der Aufklärung eine positive Sozialidee fehle*: „Die Grenze der Aufklärung zeigt sich in der Frage nach dem Wohin der Freiheit. Die Aufklärung formuliert, über die Freiheit hinaus, keine positive Sozialidee. [...] Die Ausübung der so bestimmten Freiheit ist Sache der Autonomie des Subjekts, wird der individuellen Moralität überantwortet und damit, rechtlich gesehen, auch zur Beliebigkeit freigesetzt.“ Ernst-Wolfgang Böckenförde: Fundamente der Freiheit. In Erwin Teufel (Hg.): Was hält die moderne Gesellschaft zusammen? edition suhrkamp 1996, S. 90

Anscheinend waren Böckenförde wesentliche Tatsachen nicht bekannt, so etwa, dass – gemäß der Aufklärung – alle Menschen einander *im Geiste der Brüderlichkeit* begegnen sollen: Die Parole *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit* (französisch *Liberté, Égalité, Fraternité*) ist der Wahlspruch der heutigen Französischen Republik und der Republik Haiti. Er fußt auf den Losungen der Französischen Revolution 1789.

https://de.wikipedia.org/wiki/Freiheit,_Gleichheit,_Brüderlichkeit

Die Forderung nach „Brüderlichkeit“ geht zum Beispiel auf Jesus von Nazareth zurück. Auf der Basis verbreiteter Ignoranz formulierte der Katholik (!) Böckenförde eine Behauptung, die als „Böckenförde-Diktum“ bekannt wurde. „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“

<https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%B6ckenf%C3%B6rde-Diktum>

Deutsche Staatsrechtler*innen und Politiker*innen empfinden diese Behauptung bis heute noch weitgehend unwidersprochen als überzeugend. Aktuell bekannten sich dazu beispielsweise (1.) der Jurist Philipp Amthor (CDU) am 19.05.2019 im *forum demokratie Wegscheiden der Demokratie: 1949 - Glücksfall Grundgesetz. Moderation: Michaela Kolster* <https://www.phoenix.de/sendungen/gespraech/forum-demokratie/wegscheiden-der-demokratie-1949---gluecksfall-grundgesetz-a-1035490.html> und (2.) Thomas Oppermann (SPD) in der Veranstaltung der Hamburger SPD-Fraktion am 07.06.2019 im Hamburger Rathaus zum Thema 70 Jahre Grundgesetz – Parlamentarismus in guter Verfassung? Vor Beginn dieser Veranstaltung hatte ich einen Textbeitrag zu ihrer Thematik erstellt:

www.imge.info/extdownloads/Parlamentarismus-in-guter-Verfassung.pdf

Anscheinend ist etlichen Politiker*innen und Jurist*innen nicht bekannt, dass in Deutschland das gesamte Bildungswesen unter der Aufsicht des Staates steht. Die Voraussetzungen, von denen „der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt“, können und sollen selbstverständlich von der staatsbürgerlichen (politischen und rechtskundlichen) sowie der religiös-weltanschaulich-ethischen Bildung garantiert werden.

Unter „Brüderlichkeit“ – geschlechtsneutraler: „Geschwisterlichkeit“ – ist im Sinne des Menschenrechtsverständnisses der Aufklärung und der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen* hilfreiches Sozialverhalten zu verstehen: verständnis- und rücksichtsvolle gegenseitige Unterstützung entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip sowie § 1 der Straßenverkehrsordnung. Indem Jurist*innen das *Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit* bzw. die *Freiheit der Person* (Artikel 2 GG) als „Allgemeine Handlungsfreiheit“ auslegten, wurde weiterhin unsoziales Verhalten, wie es im Dritten Reich üblich gewesen war, für *gerechtfertigt* erklärt: „Allgemeine Handlungsfreiheit“ beinhaltet: Jeder Mensch darf tun und lassen, was ihm gerade einfällt und was er will, solange die Rechte anderer nicht verletzt werden und sein Ansinnen und Handeln nicht ausdrücklich gesetzlich verboten ist. Zur juristischen Definition der „Allgemeinen Handlungsfreiheit“ siehe:

Theodor Maunz, Günter Dürig (Hrsg.): Grundgesetz. Kommentar, Loseblattsammlung seit 1958, Verlag C.H. Beck, München. Philip

Kunig: Art. 2. Persönlichkeit, Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit. In: von Münch / Kunig: Grundgesetz-Kommentar Band 1, 6., neubearbeitete Auflage 2012. C.H. Beck München 2012. S. 146

Andreas Fisahn, Martin Kutscha: Verfassungsrecht konkret. Die Grundrechte. Berliner Wissenschaftsverlag 2011 (2. Aufl.), S. 23 ff.

https://de.wikipedia.org/wiki/Artikel_2_des_Grundgesetzes_für_die_Bundesrepublik_Deutschland

https://de.wikipedia.org/wiki/Allgemeine_Handlungsfreiheit

www.grundrechtenschutz.de/gg/freie-entfaltung-der-personlichkeit-258

Derartig zugesicherte Handlungsfreiheit kann sich katastrophal auswirken, weil juristisch in einer Form vorgegangen wird, die willkürlichem, rücksichtslosem und ungerechtem Vorgehen der Bürger*innen untereinander Tür und Tor öffnet: Aus juristischer Sicht wird ein Handeln so lange als „in Ordnung“ bzw. als „nicht zu beanstanden“ angesehen, wie nicht (1.) eine oder mehrere Personen diesem Handeln gegenüber eigene Rechte *mit juristischen Mitteln* geltend machen und so lange nicht (2.) die Berechtigung der Klage *gerichtlich* bestätigt wird über eine Zurechtweisung oder Verurteilung des oder der Angeklagten.

Die Chance, sein Recht zu bekommen bzw. zu schützen und zu wahren, wird damit abhängig

(1.) von dem Willen und der Bereitschaft, beständig den Rechtsweg in Anspruch zu nehmen,

(2.) von dem finanziellen Vermögen, die hierbei anfallenden Kosten zu tragen und

(3.) von dem Ausmaß erhaltener praktischer Unterstützung durch hinreichend leistungsfähige Gerichte und Richter*innen.

Was für das Bundesverfassungsgericht gilt, gilt auch für die europäischen Gerichte im Bezug auf Menschenrechtsfragen. Zu deren Vorgehen ist eine Äußerung des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Roman Herzog, bezeichnend: „Solche weitgefassten Prinzipien funktionieren dann nicht, wenn sie in jedem einzelnen Fall erst vor Gericht eingeklagt werden müssen und das zuständige Gericht, hier also der Europäische Gerichtshof, zu ihrer Durchsetzung auch keine große Lust verspürt.“ Roman Herzog: „Europa neu erfinden – Vom Überstaat zur Bürgerdemokratie“ Siedler Verlag 2014, S. 135 f. Roman Herzog bezog sich hier ausdrücklich auf das *Subsidiaritätsprinzip*. Seine Aussage gilt selbstverständlich auch für die Inhalte von Artikel 2 GG und aller weiteren Menschen- und Grundrechte. Denn diese thematisieren lediglich Teilaspekte dessen, was das Subsidiaritätsprinzip umfasst.

Dass in Zentraleuropa, ebenso wie in den USA, recht konsequent derartig *menschenrechtswidrig* verfahren wird, beruht auf dem hier noch vorherrschenden obrigkeitlichen „Herr im Hause“-Prinzip von Rechtsstaatlichkeit. Siehe dazu Thomas Kahl: In Europa brauchen wir *nachhaltig-vernünftige* Politik. António Guterres konnte in seiner Karlspreis-Rede Wichtiges nur andeuten, aber nicht ausführlich darstellen.

www.imge.info/extdownloads/In-Europa-brauchen-wir-nachhaltig-vernueftige-Politik.pdf

Guterres erhielt den Preis „für den wertvollsten Beitrag im Dienste westeuropäischer Verständigung und Gemeinschaftsarbeit und im Dienste der Humanität und des Weltfriedens.“ Karlspreis 2019. Begründung des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen an den Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres <https://www.karlspreis.de/de/aktuelles/karlspreis-2019>

Thomas Kahl: Demokratie in Not?! Was gehört zu Demokratie? Was ist zu ihrer Unterstützung erforderlich?

<http://www.imge.info/extdownloads/DemokratieInNot.pdf>

Thomas Kahl: Unsere übliche Form von *Demokratie* versagt. Was verhilft zur erfolgreichen Durchführung von Reformen? <http://www.imge.info/extdownloads/UnsereUeblicheFormVonDemokratieVersagt.pdf> Thomas

Kahl: Wie vernünftige Politik im global village gelingt. Über ein weltweit einheitliches Demokratie- Konzept kann man Politiker-Versagen erkennen und vermeiden.

www.imge.info/extdownloads/WieVernueftigePolitikGelingt.pdf

³⁶ Manfred Lütz: Irre! - Wir behandeln die Falschen: Unser Problem sind die Normalen. Goldmann Verlag 2011. „Interview mit Dr. Manfred Lütz: Herr Dr. Lütz, wie kamen Sie auf die Idee zu Ihrem neuen Buch „Irre! Wir behandeln die Falschen. Unser Problem sind die Normalen. Eine heitere Seelenkunde“? Dr. Lütz: Wenn ich über Tag mit meinen Patienten zu tun habe, so sind die zwar alle psychisch krank, aber das sind in der Regel freundliche, sensible, liebenswürdige Menschen, die zumeist nur vorübergehend ein Problem haben. Sehe ich dann abends Nachrichten, dann ist da die Rede von Kriegshetzern, Wirtschaftskriminellen, eitlen Egomane, die auf Teufel komm raus die Welt beunruhigen – und niemand behandelt die. Denn das geht auch gar nicht, weil die alle als normal gelten. Und da ist es kein Wunder, dass sich mir immer mehr die These aufdrängte, dass unser Problem in Wirklichkeit gar nicht die Verrückten sind, sondern ganz im Gegenteil: Unser Problem sind die Normalen.“ <https://www.amazon.de/Irre-behandeln-Falschen-Problem-Normalen/dp/3442156793>

³⁷ Thomas Kahl: Responsibility to Protect und nachhaltiger Umgang mit Vermögen und Geld. In: Thomas Kahl: Der Schutz des Lebens auf der Erde. Die freiheitlich-demokratische globale Rechtsordnung verhilft zu weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit. Textabschnitt 11.

www.imge.info/extdownloads/DerSchutzDesLebensAufDerErde.pdf

³⁸ Thomas Kahl: Psychologische Erkenntnisse sind grundlegend für eine ökologisch-achtsame soziale Weltmarkt-Wirtschaft. Die Achtung der Menschen- und Grundrechte unterstützt die wirtschaftliche Produktivkraft. www.imge.info/extdownloads/DiePsychologieAlsGrundlageDerMarktwirtschaft.pdf

³⁹ Thomas Kahl: Praktische Ansätze zur Verwirklichung der UN-Agenda 2030. Es gibt bewährte Strategien zur Bewältigung globaler Herausforderungen. (Vortrags-Manuskript zur MV der DGVN am 26.10.2019 in Berlin) www.imge.info/extdownloads/Ansaezte-zur-Verwirklichung-der-UN-Agenda-2030.pfd

Thomas Kahl: Wie unser menschliches Handeln den Klimawandel bestimmt und wie wir ihn in den Griff bekommen können. Reaktionen auf Beiträge des ZEIT-Politikredakteurs Bernd Ulrich. www.imge.info/extdownloads/Wie-menschliches-Handeln-den-Klimawandel-bestimmt.pdf